

Ressort: Politik

Dobrindt fordert weniger Hartz IV für abgelehnte Asylbewerber

Berlin, 15.04.2018, 00:31 Uhr

GDN - Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt (CSU), fordert eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze. Demnach sollen abgelehnte Asylbewerber nicht mehr den vollen Satz in bar bekommen wie bisher.

"Wir müssen das Asylbewerberleistungsgesetz ändern und klar unterscheiden zwischen denjenigen, die berechtigt in Deutschland Schutz finden und denjenigen, die kein Bleiberecht haben oder sogar ihre Ausreise selbst verhindern", sagte Dobrindt der "Welt am Sonntag". Deutschland zahle heute mit die höchsten Sozialleistungen für Asylbewerber in Europa. Das setze falsche Anreize. "Außerdem müssen deutlich länger als heute nur gekürzte Leistungen bezahlt werden." Dabei will es Dobrindt noch nicht bewenden lassen. "Bei abgelehnten Asylbewerbern sollten wir stärker auf Sachleistungen umstellen", so der CSU-Politiker. Plänen in der SPD, Hartz IV zu reformieren und etwa Eigentumswohnungen nicht im heutigen Umfang anzurechnen, erteilt Dobrindt eine klare Absage. "Es gibt keine Rechtfertigung dafür, Steuergelder im Sozialhilfebereich einzusetzen, solange diejenigen, die Unterstützung beanspruchen müssen, noch größere Vermögenswerte haben", sagte Dobrindt. Deshalb sei der SPD-Idee eine klare Absage zu erteilen. "Eine Vollkasko-Mentalität ist nicht die Grundlage unserer Gemeinschaft." Statt über Hartz IV will Dobrindt darüber reden, wie Langzeitarbeitslose in Arbeit kommen. Dabei stellt er den Sinn der bisherigen Programme und weiteren Mittelaufwuchs in Frage. "Vier Milliarden Euro kosten die Programme für Langzeitarbeitslose jährlich, im Koalitionsvertrag steht eine weitere Milliarde pro Jahr. Der Erfolg dieser Programme ist allerdings überschaubar. Für mich stellt sich deshalb die Frage, ob die Mittel hier gut investiert sind." Das Geld sollte stärker dafür eingesetzt werden, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, so der CSU-Politiker. Dafür will Dobrindt einen Pakt mit der Wirtschaft schließen. "Die Bereitschaft der Industrie, Geringqualifizierten eine Chance zu geben, muss deutlich erhöht werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-104722/dobrindt-fordert-weniger-hartz-iv-fuer-abgelehnte-asylbewerber.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com